

## **Freiwilligendienste sind Orte politischer Bildung – Reflexion zum 16. Kinder und Jugendbericht**

### **Freiwilligendienste – Ermöglichungsraum für politische Bildung**

Demokratische Bildung ist das Thema des 16. Kinder- und Jugendberichts. Ein Berichtskapitel ist den Freiwilligendiensten gewidmet. Dies zeigt die Bedeutung von Freiwilligendiensten als »ein[en] wichtige[n] Ermöglichungsraum für politische Bildung« (Deutscher Bundestag 2020: 458). Nachfolgend wird skizziert, welches Verständnis die verbandlichen Freiwilligendienstakteure von politischer Bildung haben. Dieser Beitrag geht auf die Begriffsdefinition von demokratischer und politischer Bildung im Kinder- und Jugendbericht ein und kommt zu Schlussfolgerungen für die Praxis der Freiwilligendienste.

#### **1. Politische Bildung und die Bedeutung für Freiwilligendienste im Verständnis der Verbände**

Freiwilligendienste sind ein Bildungs- und Orientierungsangebot, in dem Freiwilligen in gemeinwohlorientierten Einrichtungen Übungs- und Tätigkeitsfelder eröffnet werden. Der spezifische Kontext der Freiwilligendienste in Verbindung von praktischem Einsatz in einer Einrichtung und der pädagogischen Begleitung durch Freiwilligendienst-Träger eignet sich in besonderer Weise für politische Bildung (AWO 2013).

In den Bildungstagen wird mit den Freiwilligen der praktische Einsatz reflektiert und in Zusammenhang mit gesellschaftlichen Fragen kontextualisiert. So können Fragen aufgegriffen werden, die durch ihren praktischen Bezug direkt an die Lebens- und Erfahrungswelten junger Menschen anknüpfen. Politische Bildung in den pädagogischen Begleitangeboten ist also immer eng verzahnt mit der Persönlichkeitsbildung und der Lebensweltorientierung. Sie findet explizit statt oder wird als Querschnittsthema im Kontext prozesshafter Demokratiebildung integriert. Freiwillige werden für politische Fragen und Zusammenhänge sensibilisiert, im Prozess der eigenen Meinungsbildung ermutigt und unterstützt, bekommen verschiedene politische Beteiligungs- und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt und werden zu aktiver Mitgestaltung ihres Dienstes angeregt (AWO 2020, Paritätischer Gesamtverband 2017: 1).

Unter politischer Bildung verstehen die verbandlichen Anbieter von Freiwilligendiensten somit nicht nur das explizit als »politisch« firmierende Bildungsangebot, sondern diejenigen Bildungsprozesse, die dazu dienen, dass Freiwillige Wissen über politische Strukturen, gesellschaftliche Prozesse und sozioökonomische Entwicklungen erwerben und die Zusammen-

hänge zwischen diesen drei Ebenen erkennen. »Ziel der politischen Bildung in Freiwilligendiensten ist die Analysefähigkeit (verstehen), die Urteilsfähigkeit (eine eigene Meinung bilden) und die Mündigkeit (Verantwortung übernehmen)« (AWO 2020: 8). Politische Bildung muss Fragen hervorrufen und darf nicht durch vorgegebene Antworten Interessen ersticken und eigenständiges Denken erschweren. Politische Bildung ist nicht belehrend, sie soll vielmehr Menschen in die Lage versetzen, eine politische Situation und die eigene Interessenlage zu analysieren und demokratische Handlungs- und Beteiligungsmöglichkeiten aufzeigen. Bei der Ausgestaltung politischer Bildungsangebote sind die Freiwilligendienste von ihrem Selbstverständnis, aber auch per rechtlichen Rahmungen dem Beutelsbacher Konsens (Überwältigungsverbot, Kontroversität, Aktivierung) verpflichtet. Wie der Kinder- und Jugendbericht noch einmal deutlich aufzeigt, bedeutet dies nicht eine neutrale Darstellung von politischen Zusammenhängen: »Er betont mit allen drei Punkten vielmehr, dass politische Kontroversen auch kontrovers in der politischen Bildung angesprochen werden müssen.« (Deutscher Bundestag 2020: 121). Unter Zugrundelegung dieses Ansatzes politischer Bildung und dem Selbstverständnis der Freiwilligendienstakteure bieten Freiwilligendienste eine große Chance für die Weiterentwicklung der Demokratiefähigkeit in der Gesellschaft.

Dieses Verständnis von politischer Bildung teilen die verbandlichen Anbieter von Freiwilligendiensten. Ein auf eine Wissensvermittlung beschränkte Form politischer Bildung prägt dagegen das Verständnis von politischer Bildung im Bundesfreiwilligendienst (BFD) seitens des Bundes. Hier wurde qua Verwaltungsakt mittels Richtlinie eine Auslagerung der Seminare zur politischen Bildung an die Bildungszentren des Bundes vollzogen. Das hier zugrundeliegende Verständnis von politischer Bildung als neutralisierte Lehrstoffsammlung kritisieren die verbandlichen Anbieter scharf. Mit Blick auf die aktuellen Erkenntnisse des Kinder- und Jugendberichts soll daher auch der Frage nachgegangen werden, wie zeitgemäß dieses abgegrenzte Verständnis noch ist.

## **2. Politische Bildung und Demokratiebildung – Verständnis im Kinder- und Jugendbericht**

Die erste wichtige Erkenntnis, die im Bericht herausgearbeitet wird, ist die direkte Verknüpfung von Demokratiebildung und politischer Bildung. Beides ist unmittelbar miteinander verbunden. Politische Bildung ist daher immer auch Demokratiebildung. »Dieses [demokratische] Lernen ist im Kern ein politisches Lernen, denn demokratiefähige Menschen sind ›politische Menschen‹« (Deutscher Bundestag 2020: 118). In der Konsequenz legt die Kommission eine Arbeitsdefinition zugrunde, die sich auf »politische Bildung ist Demokratiebildung« verkürzen lässt.

Zur weiteren Untersuchung der sozialen Räume, wie es die Freiwilligendienste sind, zieht die Kommission drei Schwerpunkte der politischen Bildung heran:

- 1) Demokratie als Bildungsgegenstand, d.h. hier wird untersucht, inwiefern Wissensvermittlung erfolgt.

- 2) Demokratie als Bildungsstruktur, d. h. hier wird untersucht, inwiefern die Räume selbst demokratisch ausgestaltet sind.
- 3) Demokratie als Erfahrung, d. h. hier wird unter anderem untersucht, inwiefern Kinder und Jugendliche selbst zu politischen Akteur\*innen werden.

Weiterhin werden die analytischen Kategorien der Demokratiedimensionen herangezogen:

- Die formale Dimension beschreibt, dass Demokratie immer wieder neu ausgehandelt werden muss.
- Die substantielle Dimension beschreibt, dass Demokratie einen unhintergehbaren Kern besitzt.
- Die prozesshafte Dimension beschreibt, dass Demokratie eine kollektive Gestaltungsaufgabe ist.

Diese Arbeitsschwerpunkte und Definition samt der oben erwähnten Dimensionen sind maßgeblich, wenn die Freiwilligendienste und deren Rolle als Räume politischer Bildung betrachtet werden und wurden daher hier explizit genannt.

### **3. Demokratiebildung ist politische Bildung – Erkenntnisse für die Freiwilligendienste**

Freiwilligendienste sind unseres Erachtens nur im Bezugsrahmen einer demokratisch verfassten Gesellschaft vorstellbar. Sie sind ein Angebot, welches durch einen Aushandlungsprozess und das Zusammenwirken insbesondere der Sektoren Staat und Zivilgesellschaft existiert.

In Freiwilligendiensten lehrt das Leben – so wie auch demokratische Bildung nur durch direktes Erleben erfahrbar werden kann. Freiwillige sind nicht nur in soziale Prozesse integriert, sondern Teil einer politischen Struktur und in eine besondere Uno-actu Struktur eingewoben. Lernen durch Handeln und Handeln durch Lernen – also Bildung und Praxis – fallen in Freiwilligendiensten zusammen. Auch das ist der speziellen Struktur der Freiwilligendienste geschuldet, die im Zusammenspiel von der Beschäftigung in Einsatzstellen, Reflexion und Bildung in Seminaren sowie Formen der Mitgestaltung in beiden Kontexten ermöglicht wird. Spielen diese drei Aspekte ineinander, werden Freiwilligendienste zu Räumen, die Bildungsgegenstand, Bildungsstruktur und Demokratieerfahrung verbinden (BKJ 2013).

Politische Bildung kann vor diesem Hintergrund nicht in einem gesonderten Bildungsblock absolviert werden, sondern ist im Verständnis der Demokratiebildung nur als ganzheitliche Lebenserfahrung umsetzbar. Insofern gibt der Kinder- und Jugendbericht Argumente dafür, dass in den Bildungszentren des Bundes zwar Wissensvermittlung, nicht aber Demokratiebildung stattfindet. Mit Blick auf die Arbeitsdefinition der Kommission werden die Bildungsangebote des Bundes im BFD ihrem Namen – politische Bildung – nicht gerecht.

### **4. Empfehlungen des Kinder- und Jugendberichts und Umsetzung in der Praxis**

Aufgrund der elementaren Funktion von Freiwilligendiensten als Räume politischer Bildung sollte sichergestellt sein, dass die Nachfrage nach Plätzen dem Angebot entspricht, so die

Kommission. Dies knüpft an die Idee des Familienministeriums zum Jugendfreiwilligenjahr an. Hier ist von einem Rechtsanspruch auf finanzielle Förderung die Rede. Das heißt, wenn Freiwillige, Einsatzstelle und Träger einen Freiwilligendienst umsetzen wollen, dann darf dies nicht an den Fördermitteln scheitern (BMFSFJ 2018: 5).

Um diese Räume möglichst allen jungen Interessierten, unabhängig von Herkunfts- und Bildungsbiografien bzw. Diskriminierungserfahrungen, zugänglich zu machen, müssen die Anbieter von Freiwilligendiensten eine inklusive Ausgestaltung der Dienste ermöglichen. Gerade auch mit Blick auf junge Menschen, die negative Erfahrungen im formalisierten System Schule gemacht haben, können Freiwilligendienste neue Räume demokratischer Bildung eröffnen, da Lernen hier lebensweltlich orientiert ist und somit an den Erfahrungsschatz und an die Erfahrbarkeit der Einzelnen anknüpft. Die verbandlichen Akteure haben das Thema Inklusion und Diversität in Freiwilligendiensten als zentrales Thema auch mit Blick auf die Ausgestaltung politischer Bildung (Stichwort Demokratie als Bildungsstruktur) erkannt.

Hier könnte auch ein Hebel ansetzen, der zu einem gezielten Ausbau von Freiwilligendiensten in politisch konstituierten Kontexten führt. Jenseits von Fraktionen, Abgeordnetenbüros, Stiftungen politischer Parteien oder Bildungsträger böten sich z. B. Jugendverbände, Jugendbüros, Jugendräte und -parlamente sowie Organe der Schüler\*innen-Selbst- und -mitverwaltung mit einigen konzeptionellen Überlegungen als Übungs- und Erprobungsräume an, wenn es darum gehen sollte, eine nicht parteipolitisch affine bzw. bereits umfassend politisierte Zielgruppe für demokratische Prozesse der Mitwirkung und Mitgestaltung zu gewinnen.

Neben den Zugängen braucht es, so der Kinder- und Jugendbericht, empirische Evidenz, inwiefern ein breites Verständnis von politischer Bildung in unterschiedlichen Bereichen der Freiwilligendienste gelebt und ermöglicht wird. »Die Praxisforschung zu den Freiwilligendiensten für junge Menschen sollte in ihren Erhebungen die Potenziale politischer Bildung im Rahmen der pädagogischen Begleitung sowie durch die Erfahrungen in den Einsatzstellen in den Blick nehmen« (Deutscher Bundestag 2020: 459). Die Besonderheit politischer Prozesse, die aufgrund ihrer ideologischen, programmatischen und/oder weltanschaulichen Aufladung hochsensibel sind, setzt bei den Einsatzstellen voraus, dass diese

- grundsätzlich demokratische Werte vertreten;
- sich für ein reflektiertes politisches Bewusstsein einsetzen und Kritikfähigkeit fördern;
- die Freiwilligen nicht für parteipolitische Zwecke oder anderweitig ideologisch vereinnahmen;
- die Meinung Andersdenkender (sofern diese keine rassistische, sexistische oder allgemein diskriminierende Weltanschauung vertreten) achten und vermitteln (BKJ 2013).

Hinter diese Aussagen wird sich das Gros der Einsatzstellen mittels des eigenen Leitbilds oder Selbstverständnisses stellen. Inwiefern die Ansprüche den alltäglichen Herausforderungen standhalten, müsste allerdings untersucht werden. Zudem wäre zu ermitteln, unter welchen Rahmenbedingungen dem hier aufgeführten Ideal politischer Bildung als Demokratiebildung

nachgekommen werden kann. Denn wahr ist auch, dass die Freiwilligendienste als eine besonders zeitintensive Form des Engagements in den meisten Fällen in einen Bezugsrahmen betrieblicher Arbeit eingebettet sind. Entsprechend orientieren sich Entscheidungsprozesse oftmals weniger an Formen demokratischer Aushandlung denn an betriebswirtschaftlichen Vorgaben und Hierarchien.

### **Partizipationsmöglichkeiten in der jeweiligen Einsatzstelle analysieren**

Die Kommission empfiehlt daher auch eine Analyse der Beteiligungsrechte von Freiwilligen in den Einsatzstellen. Die Partizipation lohnt einer intensiven Betrachtung, weil sie Aufschluss darüber geben kann, welches Selbstverständnis den Freiwilligendiensten und ihren Anbietern zu eigen ist und sein sollte. In welcher Rolle sehen Einsatzstellen die Freiwilligen, inwieweit sind sie in Teamprozesse und Entscheidungs- und Mitsprachestrukturen eingebunden, welche Rückschlüsse ergeben sich daraus in Hinblick auf die Zufriedenheit der Freiwilligen und die grundsätzliche Eignung von Einsatzstellen. Auf Basis der Ergebnisse könnten weitere Räume des demokratischen Mitgestaltens ermöglicht werden.

In ihrer eigenen Praxis ermöglichen die verbandlichen Anbieter eine Reihe von Mitbestimmungsräumen und evaluieren Sie auch. So haben einige Verbände Sprecher\*innensysteme oder andere Qualitätsstandards, die zur Einbeziehung und Mitbestimmung in den Einsatzstellen verpflichten. Durch Zufriedenheitsabfragen und Evaluationen am Ende der Freiwilligenjahre wird häufig eine Auswertung auf Trägerebene vorgenommen.

Große Informationsdefizite bestehen mit Blick auf das im Block stattfindende Seminar zur politischen Bildung im BFD. Der Kinder- und Jugendbericht schafft die theoretische Grundlage, um das Bildungskonzept im BFD in Frage zu stellen. Die reine Wissensvermittlung politischer Inhalte, losgelöst von den Lebens- und Erfahrungsrealitäten sowie den weiteren Seminarangeboten, entspricht einem veralteten Verständnis von politischer Bildung und kommt dem Anspruch von Demokratiebildung nicht nach. Diese Erkenntnis besteht allerdings nicht erst durch die Ergebnisse des Kinder- und Jugendberichts. Bereits seit Einführung des BFD 2011 erheben Verbände und Träger die Forderung, die politische Bildung im BFD als Verständnis demokratischer Bildung in Form der pädagogischen Begleitung in Trägerhand umzusetzen und sie nicht als exkludierendes Angebot an die Bildungszentren des Bundes auszulagern.

Der Bund argumentiert, dass politische Bildung aufgrund der vermeintlich neutralen Rolle des Bundes vorgenommen und daher exklusiv durch seine Bildungszentren angeboten werden muss. Diese Argumentation greift alleine deshalb nicht, da Freiwilligendienste dem Beutelsbacher Konsens, also dem Überwältigungsverbot, der Kontroversität und der Aktivierung verpflichtet sind. Im aktuellen Kinder- und Jugendbericht wurde noch einmal deutlich herausgestellt, dass politische Bildung nie neutral sein kann, stattdessen geht es um die Eröffnung eines Debattenraums, in dem politische Bildung erfolgen kann (Deutscher Bundestag 2020: 121).

Politische Bildung ist nicht durch Neutralität, sondern durch die Ausrichtung an demokratischen Werten und der Ausrichtung an der Mündigkeit der Einzelnen gekennzeichnet. Um nicht

zuletzt auch dem Subsidiaritätsprinzip gerecht zu werden und die pädagogische Begleitung aus einer Hand zu gestalten, müssen den Trägern und verbandlichen Zentralstellen auch im Bundesfreiwilligendienst die Kompetenzen für die politische Bildungsarbeit vollumfänglich übertragen werden.

Gemäß der Prämisse subsidiären Handelns setzt der Staat die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement, während der Zivilgesellschaft die inhaltliche Ausgestaltung obliegt. Trotz ihrer besonderen Engagementform sind auch die Freiwilligendienste nicht dazu geeignet, dieses funktionierende Rollenverständnis ad acta zu legen. Der derzeitige Belegungszwang im BFD an den Bildungszentren des Bundes muss abgeschafft werden.

### Literaturverzeichnis

**AWO (2020):** Politische Bildung in den Freiwilligendiensten der Arbeiterwohlfahrt, <https://awo-freiwillig.de/wp-content/uploads/2020/10/Politische-Bildung-in-den-Freiwilligendiensten-der-AWO-Web.pdf>.

**BKJ (2013):** Pädagogische Rahmenkonzeption Freiwilligendienste Kultur und Bildung, [https://freiwilligendienste-kultur-bildung.de/fileadmin/FWD/Dokumente/Qualitaet\\_und\\_Rahmenkonzeption/PU\\_20200101\\_Rahmenkonzept\\_Freiwilligendienste\\_Kultur\\_Bildung\\_BKJ.pdf](https://freiwilligendienste-kultur-bildung.de/fileadmin/FWD/Dokumente/Qualitaet_und_Rahmenkonzeption/PU_20200101_Rahmenkonzept_Freiwilligendienste_Kultur_Bildung_BKJ.pdf).

**BMFSFJ (2018):** Unser Konzept für ein Jugendfreiwilligenjahr, <https://kef-online.org/sites/default/files/datei/bundesjugendministerin-dr-giffey-spd-legt-neues-konzept-fuer-jugendfreiwilligenjahr-vor-474.pdf>.

**Deutscher Bundestag (2020):** Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe – 16. Kinder- und Jugendbericht – Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, Drucksache 19/24200, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/162232/27ac76c3f5ca10b0e914700ee54060b2/16-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>.

**Paritätischer Gesamtverband (2017):** Qualitätsstandards der Paritätischen Freiwilligendienste, [http://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user\\_upload/Schwerpunkte/Freiwilligendienste/img/Oeffentlichkeitsarbeit/Qualitaetsstandards/A5\\_Broschuere\\_Druck\\_broschuere\\_freiwilligendienste-qualitaet\\_2017\\_ausdruck\\_A5.pdf](http://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Freiwilligendienste/img/Oeffentlichkeitsarbeit/Qualitaetsstandards/A5_Broschuere_Druck_broschuere_freiwilligendienste-qualitaet_2017_ausdruck_A5.pdf).

### **Autor\*innen**

**Dr. Julia Schlicht** ist Referentin Bundesfreiwilligendienst beim Deutschen Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband.

**Kontakt:** [bufd@paritaet.org](mailto:bufd@paritaet.org)

***Jens Maedler** ist Leiter der Abteilung Freiwilliges Engagement und Ehrenamt bei der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ).*

**Kontakt:** [maedler@bkj.de](mailto:maedler@bkj.de)

### **Redaktion**

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

[newsletter@b-b-e.de](mailto:newsletter@b-b-e.de)

[www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)